

Mainz, 24.01.2014

Antrag **0991/2012/1 zur Sitzung Stadtrat am 13.06.2012**

Drogenhilfe besser verzahnen in Mainz (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, einen dauerhaften strukturierten Austausch zwischen Drogenhilfe, Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden zu initiieren, um künftig eine abgestimmte Drogenarbeit in Mainz zu ermöglichen. Als Beginn wird ein runder Tisch der Beteiligten angeregt.

Begründung:

Suchterkrankungen betreffen nicht nur einzelne Personen und Familien, sondern haben Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Deshalb ist es für den Stadtrat wichtig, suchtkranke Menschen weiterhin darin zu unterstützen, aus dem Kreislauf der Sucht auszusteigen.

Erfolge in der Drogenhilfe zeigen, dass gute konzeptionelle Arbeit wirksam ist. Die Arbeit der Suchthilfe umfasst neben der Suchtberatung auch die Beratung von Angehörigen sowie die Vermittlung in Therapien. Darüber hinaus werden den Betroffenen Hilfe bei der Bewältigung ihrer sozialen Probleme und bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft angeboten.

Der oder die Abhängige findet Strukturen und Hilfestellungen um (wieder) zu lernen, ihr Leben möglichst unabhängig selbst- und eigenverantwortlich strukturieren zu können.

Neben dem Ziel, einer Verelendung der Drogenabhängigen entgegenzuwirken, leistet die niedrigschwellige Drogenhilfe zudem einen wichtigen Beitrag, um Problemhäufungen in der Öffentlichkeit, Spritzenfunde und Szeneansammlungen (offene Drogenszene) zu vermeiden. Somit werden langfristig enorme gesundheitliche, soziale und finanzielle Folgekosten reduziert.

Um dieses gesamtgesellschaftliche Ziel zu erreichen, ist eine gute Kooperation von Drogenhilfe, Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden unabdingbar.

gez. Dr. Eckart Lensch, SPD-Fraktionsvorsitzender
gez. Ansgar Helm-Becker, Fraktionsprecher BÜNDNIS/DIE GRÜNEN
gez. Walter Koppius, FDP-Fraktionsvorsitzender